

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 66, Cindelfstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-207  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

30. Dezember 1925

Bezug und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 66, Cindelfstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

## Die Hochwasserkatastrophe.

### Ueberschwemmungen in Westdeutschland. — Der Rhein fällt.

Köln, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Nachrichten aus dem Hochwassergebiet des Rheins lauten äußerst ungünstig. In Köln zeigte der Pegel heute vormittag um 10 Uhr einen Wasserstand von 7,95 Meter bei einem stündlichen Steigen um 4 Zentimeter. Koblenz meldet 7,90 Meter bei 3 Zentimeter stündlichem Steigen. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen ist die Stadt Neuwied. Das gesamte Neuwieder Geschäftsviertel steht unter Wasser. Der Regierungspräsident von Koblenz wollte am Dienstag in der bedrohten Stadt, um sich persönlich von den verheerenden Wirkungen des Wassers zu überzeugen. Auch an der Mosel sind die vom Hochwasser angerichteten Schäden sehr groß. Das Wasser ist so schnell gestiegen, daß es den Winzern nicht mehr möglich war, ihre Kellervorräte rechtzeitig zu bergen, so daß der materielle Schaden noch größer sein dürfte als bei dem Hochwasser im Januar 1920. Schlimme Nachrichten kommen auch aus dem unteren Saartal, wo ganze Dörfer vom Wasser umspült und so völlig vom Verkehr abgeschnitten sind. In der vergangenen Nacht schien es, als ob die Hochwasserfluten heute ihren höchsten Stand erreichen würden. Inzwischen liefen aber heute morgen beängstigende Meldungen aus dem Duellgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse ein. Vom Oberrhein wird Sturm und Regen gemeldet, die Schweiz behelzt über starke Schneeschmelze bei Tauwetter. Die Mosel hat von neuem zu steigen begonnen, in Trier beträgt das stündliche Steigen 4 Zentimeter. Diese neue Flutwelle hat sich im unteren Stromgebiet des Rheins noch nicht ausgewirkt, so daß ein weiteres starkes Steigen zu erwarten ist. Der Rhein ist jetzt auch bei Köln so aus den Ufern getreten, daß die auf den Uferstraßen tausenden Linien

der Straßenbahn und ebenso die zwischen Köln und Bonn verkehrende Rheinuferbahn ihren Betrieb einstellen mußten. Der Verkehr auf der Schiffsbrücke zwischen Köln und dem Vorort Mühlheim mußte am Dienstag nachmittags ebenfalls eingestellt werden. In Bonn steht das Wasser fast einen Meter über den Uferstraßen. In Koblenz sind die Rheinanlagen überschwemmt; die Geschäftsgebäude am Ufer und die Verwaltungsgebäude der Dampfschiffahrtsgesellschaften mußten geräumt werden. Auch aus Andernach und Neuwied werden Ueberschwemmungen gemeldet. Beruhigende Nachrichten kommen vorläufig nur vom Oberrhein, wo mit einer Hochwassergefahr zunächst nicht mehr gerechnet wird. Dagegen steigen Main, Rhön, Weira und Saale fortgesetzt. In Thüringen sind auch die Th und die Suiz über die Ufer getreten. Die Rodach ist ebenfalls an verschiedenen Stellen ausgetreten und hat weite Strecken unter Wasser gesetzt.

München, 30. Dezember. (Mit.) Die Landesstelle für Wetterkunde teilt mit: Die Hochwassergefahr hat sich seit Montag für die nördlichen Zuflüsse der Donau und damit auch für die Donau selbst nicht unwesentlich verschärft. So führen nach den eingelaufenen Meldungen die Börnig, Altmühl, Rab und Regen großes Hochwasser. Soweit sich aus den vom oberen Main und den Pegnitz-Gebieten vorliegenden Meldungen ersehen läßt, besteht dort die Hochwassergefahr fort, zumal die Landeswetterwarte mit weiteren Regenfällen rechnet.

### Der Rhein beginnt zu fallen.

Köln, 30. Dezember. (ZL.) Aus Koblenz wird gemeldet, daß der Rhein oberhalb Babels fällt.

## Die geplante Stinkbombe.

### In Genf weiß man von nichts. — Die Rolle des Herrn Aschmann.

De mehr der freie Schwindel der Rechtspresse mit dem „Völkerbundsstandal“ zusammenbricht, um so dreister setzt die Rechtspresse den Schwindel und die Verleumdung fort. Die „Tägliche Rundschau“ schweigt heute morgen, die Anständigkeits-, ihren eigenen Schwindel zu widerrufen, besitzt sie nicht. Um so plumper lügt die Hugenberg-Presse. Der „Tag“ schreibt:

„Dem Generalsekretär des Völkerbundes müssen dabei, wie das selbst aus der sehr vorsichtigen Meldung des Auswärtigen Amtes sich ergibt, Listen verschiedener Parteien vorgelegt haben, die wohl zum Teil dadurch entstanden sind, daß einzelne Abgeordnete der Sozialdemokraten ihre Beziehungen in Genf dazu benutzt haben, um ihnen nahestehende junge Politiker anzubringen.“

„Die Sozialdemokratie scheint ihre Anregungen in so vorsichtiger Form angebracht zu haben, daß sie vorläufig immer noch leugnen kann. In Genf hat man aber schon vor zwei Wochen keinen Zweifel darüber gelassen, daß außer der Liste des Zentrums auch eine Liste der Sozialdemokratie vorliege.“

Die „Kreuzzeitung“ deutet sogar an, man wisse im Auswärtigen Amt die Namen der „Stellenjäger“, und wolle sie nur verschweigen!

Gegen den unverschämten hartnäckigen Schwindel aber hat nun von Genf aus die Klärung eingeleitet. Der Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes meldet aus Genf:

„An maßgebender Stelle des Völkerbundssekretariats wird kategorisch bestritten, daß von irgend einer deutschen Parteiführung offiziell Kandidatenlisten für deutsche Beamte im Sekretariat des Völkerbundes eingereicht worden sind. Gleichzeitig wird bestimmt erklärt, daß von sozialdemokratischer Seite auch nicht der geringste Schritt durch Privatpersonen in bezug auf die Besetzung von Stellen im Generalsekretariat unternommen wurde.“

Im übrigen kann die Meldung des deutschen Konsuls an das Auswärtige Amt nur aus weitgehende Vermutungen beruhen. Das ist auch die Auffassung maßgebender Kreise des Sekretariats, in dem im Gegensatz zu dem Bericht des Generalkonsuls Aschmann keinerlei Aufregung, sondern vielmehr Erklaunen darüber herrscht, wie weit in Deutschland die gefürchtete Frage zum innerpolitischen Streit mißbraucht wird.

Von dem abwesenden Generalsekretär wird angenommen, daß er den Lärm der deutschen Rechtspresse, der nichts anderes bedeutet, als deutsche rechtsstehende Beamte bei der Besetzung bestimmter Stellen im Völkerbundssekretariat von vornherein zu reklamieren, verstehen und sich von ihm nicht im geringsten beeinflussen lassen wird.“

Ebenso meldet der Korrespondent der „B. Z.“ am Mittwoch aus Genf:

Die Behauptung, daß irgendeine zuständige Person des Sekretariats sich beim Generalkonsul Aschmann oder gar schriftlich in Berlin über die angebliche Postenjägerei beklagt haben soll, ist uns ganz unverständlich, und sie ist vollkommen absurd. Es kann von irgendeiner offiziell oder offiziell eingereichten Bewerbungsliste irgendeiner deutschen Partei überhaupt keine Rede sein.

In die innerpolitische Polemik Deutschlands sich einzumischen, muß das Sekretariat strikt ablehnen. Es ist nur erstaunt, daß es in diese Polemik hineingezogen wird. Es ist dies der erste Fall, daß solches dem Völkerbundssekretariat widerfährt.

Gegen den von Herrn Kriegl, dem Presschef des Reichsbürgerrats inszenierten Schwindel, dessen Ausgangspunkt ein Telegramm des Generalkonsuls Aschmann ist, liegen demnach folgende Feststellungen vor:

1. Die Erklärungen des Auswärtigen Amtes von gestern Mittag.
2. Die Erklärung, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann gestern Abend dem „Vorwärts“ gegeben hat.
3. Die Parteierklärungen von Sozialdemokratie und Zentrum.
4. Die Telegramme aus Genf, die den Inhalt des Aschmannschen Telegramms Lügen strafen.

Zu allem Ueberflus fügt heute Morgen die „Germania“ folgende Erklärung hinzu:

Nachdem sowohl die „Germania“ als der „Vorwärts“ festgestellt hatten, daß im Gegensatz zu den ursprünglichen Meldungen des „Tag“ die Organisationen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei keinerlei Schritte beim Generalsekretariat des Völkerbundes unternommen hatten, zog sich die Rechtspresse auf die Behauptung zurück, nicht die offiziellen Parteinstellen, aber „prominente Persönlichkeiten“ der Parteien hätten sich in der Sache an das Generalsekretariat des Völkerbundes gewandt. Nach unseren zuverlässigen Informationen ist auch diese Behauptung — soweit das Zentrum in Frage kommt, und der „Vorwärts“ hat für die Sozialdemokratie bereits daselbe betont — durchaus unwahr. Wir können natürlich nicht wissen, ob unter den Millionen Zentrumsoberführer sich jemand befindet, der sich um eine Stelle beim Generalsekretariat des Völkerbundes beworben hat, aber wir sind absolut überzeugt, daß keine prominente Persönlichkeit des Zentrums sich wegen der Besetzung der Stellen in Genf, sei es schriftlich, sei es mündlich, an das Generalsekretariat in Genf gewandt hat.

Von dem Schwindel ist nichts übrig geblieben, als das Telegramm des Herrn Aschmann — und der Inhalt dieses Telegramms, eines amtlichen Telegramms an das Auswärtige Amt, ist nach allem ebenfalls Schwindel.

Herr Aschmann ist deutschnational eingestellt. Er ist ein Schwager des verstorbenen deutschnationalen Führers Helfferich. Mit welcher maßgebenden Stelle im Völkerbundssekretariat hat Herr Aschmann gesprochen? Wen hat er in Genf beunruhigt gesehen über die Gerüchte, die sein Telegramm und die Hugenberg-Presse fabriziert haben? Wer hat Tatsache und Inhalt dieses innenpolitischen Zweitelegramms der Hugenberg-Presse und Herrn Kriegl mitgeteilt?

Der Generalkonsul in Genf hat bei einer verlogenen innenpolitischen Heße mitgewirkt. Beamte des Auswärtigen Amtes trifft die gleiche Schuld. Es ist die Pflicht des Außenministers, Herrn Aschmann unverzüglich aus Genf abzurufen, es ist seine Pflicht, Feststellungen zu treffen, auf welchem Wege der Inhalt des Aschmann-Telegramms der Hugenberg-Presse bekannt geworden ist.

Der „Tag“ befahl heute Morgen noch die Unversfrorenheit, zu schreiben:

„Das Auswärtige Amt hat die parteipolitischen Durchschereien in Genf jetzt ganz offen preisgegeben, wodurch sich unser Außenministerium ganz gewiß den Dank aller derer erworben hat, denen es um Reinigung unseres politischen Lebens zu tun ist.“

Beamte des Auswärtigen Amtes haben ihre Stellung zu parteipolitischen Durchschereien mißbraucht. Sie im Interesse der Reinigung des politischen Lebens von den üblen Duffen der Hugenberg-Kloake preisgegeben und zu disziplinieren, ist die Pflicht der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes.

## Konsumgenossenschaft und Krise.

### Die Vorteile genossenschaftlicher Organisation.

Die Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, hat nicht nur zur Folge, daß das Heer der Arbeitslosen täglich steigt, auch die noch Beschäftigten werden in ihrem Einkommen bedeutend geschmälert. So haben z. B. jetzt viele Großbetriebe ihre Tore vom 19. Dezember 1925 bis 4. Januar 1926 geschlossen. Das bedeutet, daß die Arbeiter 14 Tage Lohnausfall haben. Erwerbslose, Kurzarbeiter und die von diesen Maßnahmen betroffenen in Arbeit Stehenden sind in ihrer Kaufkraft ganz wesentlich beeinträchtigt. Diese Erscheinung muß unbedingt zur weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Krise beitragen. Geringe Kaufkraft des Arbeiters und Angestellten hat geringeren Umsatz in der Handelswelt zur Folge, und wenn der Händler nicht verkaufen kann, kann er auch nicht einkaufen; die Produktion stockt.

Die Industrie klagt heute allgemein über zu wenig flüssige Mittel, hohe Arbeitslöhne, zu kurze Arbeitszeit und ähnliches. Flüssige Mittel mögen in manchem Großunternehmen in nicht genügendem Maße vorhanden sein. Jene Unternehmungen haben in der Inflation und auch noch in der ersten Zeit der Stabilisierung ihr größtes Augenmerk darauf gerichtet, es zu erreichen zu haben, und wenn nun im Handel der Absatz stockt, können die industriellen Unternehmungen ihre Sachwerte nicht verarbeiten, nicht dem Handel zuführen und es müssen dann nach-gemäß flüssige Mittel fehlen.

Von dem jetzt hinter uns liegenden Weihnachtsgeschäft ist die in Betracht kommende Handelswelt nur wenig befriedigt. In vielen Fällen ist der erwartete Umsatz nicht annähernd erreicht worden. Es war wohl viel Publikum auf dem Wege, aber es war mehr schaulustig, als kaufträchtig. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen sind von diesen Krisenerscheinungen keineswegs verschont. Auch ihre Mitglieder haben unter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und ähnlichen Erscheinungen zu leiden.

Wenn die Konsumgenossenschaften trotzdem den kommenden Dingen mit größerer Ruhe entgegensehen, so deshalb, weil sie sich in ihrer ganzen geschäftlichen Handhabung wesentlich von der Privatwirtschaft unterscheiden. Die Konsumgenossenschaften sind die Organisationen für die Bedarfswirtschaft; die Privatwirtschaft arbeitet für den offenen Markt. Die Konsumgenossenschaften stellen den Bedarf ihrer Mitglieder fest und richten ihre Produktion entsprechend diesem Bedarf ein. Auch die Handelsware, die sie von anderen Produzenten beziehen, wird lediglich nach dem jeweiligen Bedarf bezogen. Die Konsumvereine, die von ihren Mitgliedern in deren Interesse Verzehrung für die an sie abzugebenden Waren verlangen, huldigen rückföufig ebenfalls dem Grundfah der Verzehrung und haben infolgedessen beim Einkauf alle jene Vorteile, die eben derjenige hat, der über genügend flüssige Mittel verfügt.

Woher haben nun die Konsumvereine ihre flüssigen Mittel? Zunächst ist festzustellen, daß die Konsumvereine gegenüber vielen Privatgeschäften in ihrem Wirkungsbereich große Unternehmungen sind, allerdings nicht privatwirtschaftlicher, sondern gemeinwirtschaftlicher Art. Durch Einzahlung auf Geschäftsanteile sorgen die Mitglieder für Zuführung von Sozialkapital (Geschäftsanteil) für ihre Organisation. Der Vorteil, der durch diese kleinen Beiträge des Einzelnen entsteht, kommt in der Warenbeschaffenheit oder im Warenpreis zum Ausdruck. Eine weitere Quelle für das Betriebskapital bildet die den Mitgliedern nach Maßgabe ihres Umfanges gewährte Rückvergütung. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat z. B. für ihr Geschäftsjahr 1924/25 rund 500 000 Mark Rückvergütung an ihre Mitglieder verteilt. Die Genossenschaft verfügte in jenem Geschäftsjahr über rund 180 Abgabestellen. Würden diese 180 Abgabestellen je einem einzelnen Privatunternehmen gehört haben, so hätte durchschnittlich jedes Geschäft für seinen Inhaber 3000 Mark Gewinn erbracht, vorausgesetzt, daß dieser Inhaber genau so sparsam und rationell gewirtschaftet hätte, wie die Konsumgenossenschaft. 3000 Mark sind im einzelnen Falle eine Summe, die nicht besondere Achtung einflößt. 180 mal 3000 Mark sind über eine halbe Million und geben einem Unternehmen ein bedeutendes wirtschaftliches Gewicht.

Die Mitglieder der Konsumgenossenschaft legen außerdem ihre Spargroschen in der Genossenschaft an. Sie haben dadurch einmal den Vorteil bequemer Ein- und Auszahlung, weil jede Abgabestelle Spargelder entgegennimmt und auch solche auszahlt; sie haben die Sicherheit, daß ihnen von ihren Spargroschen nichts verloren geht, weil die bedeutenden Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft Gewähr für die Sicherheit des Geldes bieten; sie haben andererseits auch die Genugtuung, daß sie ihrer Organisation Betriebsmittel zu einem Einsatz zur Verfügung stellen, wie ihn die Banken oder sonstige Geldinstitute nicht gewähren würden. Diese Quellen sind es, aus denen die Konsumvereine gespeist werden. Es können auch nur die Konsumvereine aus diesen Quellen schöpfen, weil die Privatwirtschaft weder willens noch in der Lage ist, so im gemeinwirtschaftlichen Sinne zu arbeiten, wie das für die Konsumvereine selbstverständlich ist.

Es ist uns bekannt, daß die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend beabsichtigt, im Frühjahr dieses Jahres mit der Errichtung weiterer Betriebsstätten zu beginnen und daß jetzt bereits Projekte für mehrere Jahre vorliegen. Es ist ein Zeichen der Stärke konsumgenossenschaftlicher Organisation, wenn sie sich jetzt trotz der Krise mit allen solchen Fragen beschäftigen kann und wenn sie andererseits niemals in die Klagen der Industrie mit einstimmt, die Arbeitszeit sei zu

tung und ähnliches. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben bereits vor dem Kriege in ihren Betrieben den Hinstandtag durchgeführt gehabt. Sie halten allerdings auch darauf, daß ihr Betrieb technisch vollkommen eingerichtet ist und deshalb rationell arbeitet. Darin liegt auch ein Unterschied zwischen den Konsumgenossenschaftlichen und vielen privatwirtschaftlichen Betrieben. Durch technische Einrichtungen den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten, die Arbeit zu erleichtern, durch hygienische Einrichtungen dem Arbeiter die Arbeit angenehmer und die Warenherstellung für den Verbraucher in einwandfreier Weise tätigen zu lassen, das ist einer von den nicht gering zu veranschlagenden Aufwänden Konsumgenossenschaftlicher Organisation.

In dem jetzt laufenden Geschäftsjahr, 1. Juli bis 31. Dezember 1925, hatte die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung einen Umsatz von mehr als 16 000 000 Rmk., im vorigen gesamten Geschäftsjahr hatte sie einen Umsatz von rund 27 Millionen; sie wird ihn trotz der Krise im laufenden Geschäftsjahr ganz wesentlich übersteigen. Dazu kommen noch einige Tochtergesellschaften, die im Laufe des Jahres von der Konsumgenossenschaft begründet bzw. erworben wurden, die auch im gemeinwirtschaftlichen Sinne wirken und wesentlich leisten. So werden z. B. in einer Wurstfabrik, die Eigentum der Konsumgenossenschaft ist, monatlich über 600 Zentner Wurst hergestellt, die täglich in den eigenen Abgabestellen zur Verteilung gelangen.

Je schärfer die Krise hervortritt, desto mehr merken die Mitglieder die Vorteile Konsumgenossenschaftlicher Organisation und desto mehr muß die arbeitende Bevölkerung — ganz gleichgültig, ob Hand- oder Kopfarbeiter — ihr Augenmerk auf die genossenschaftliche Organisation richten.

Wenn die Leitungen der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen, gestützt auf das starke Vertrauen ihrer Mitglieder und überzeugt von der unverwundlichen Kraft und Stärke ihrer Organisation trotz aller Stürme im Wirtschaftskörper sich mit neuen Aus- und Ausbauplänen tragen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten, die dieser Organisation noch fern stehen, durchaus Zutrauen zu diesen Organisationen gewinnen, denn die Vergangenheit bürgt dafür, daß nicht im kapitalistischen Profitinteresse gewirtschaftet wird, sondern unter Berücksichtigung der Interessen des gesamten Volkes für das Volk die industriellen Betriebe gefördert, die Lebensmittelerzeugung im Interesse der Verbraucher wahrgenommen werden. Förderung des Genossenschaftsgedankens bedeutet Förderung der Gemeinwirtschaft, Förderung des Sozialismus, bedeutet, unserm Ziel näherkommen.

## Nicht korrupt, nur Psychopath.

Holstein-Verlegenheiten der Rechtspresse.

Die deutsch-nationale Presse kommt allmählich mit schüchternen Andeutungen über den Fall Holstein hervor. Der „Lokal-Anzeiger“ gibt zu, daß die „Schtheit der Holsteiner Korrespondenz doch nicht zu bezweifeln sei“. Eine feine Zeitung: was nicht ist, läßt sie zusammen, siehe Böckerbundskandal, und von dem, was wahr ist, stellt sie mit einer Behemstränge fest, daß die Wahrheit „doch nicht zu bezweifeln“ sei!

Wenn eine Dame der Gesellschaft, etwa eine Gräfin, stiehlt und betrügt, dann ist sie nicht etwa eine Diebin, sondern eine Kleptomane, ein psychopathologisches Problem, ein Rätsel. Wenn ein Holstein korrupt ist bis zum Landesverrat, dann ist er für den „Lokal-Anzeiger“ nicht ein Schieber und Schurke, sondern ein Psychopath, ein dankenswertes Objekt für den geschulten Psychologen.

Aber damit kann der „Lokal-Anzeiger“ die Tatsache noch nicht aus der Welt schaffen, daß dieser „Psychopath“, dieser Korruptionsgeheimrat einer der Prominenten des kaiserlichen Systems war. Zwar versichert er stolz:

„Nebenbei sei die Art und Weise, wie unsere Antikpresse auch aus diesem psychopathologischen Fall Honig zu saugen sucht. Jeder weiß, daß unter dem alten Regime selbst ein Mann von

der Macht des Herrn v. Holstein in dem Augenblick erledigt gewesen wäre, in dem irgend jemand auch nur geahnt hätte, daß er seine dienstlichen Kenntnisse zu geschäftlichen Spekulationen mißbrauchte.“

Holstein erledigt? Es haben ihn manche erledigen wollen, die Macht und Namen hatten, aber es ist ihnen nicht gelungen — er mußte zuviel vom alten Regime. Und wenn der „Lokal-Anzeiger“ nach dankenswerten Untersuchungsobjekten sucht, so kann er ja untersuchen lassen, in welchem Zusammenhang Holsteins Kenntnisse um die Gewohnheiten und dunklen Punkte des alten Regimes mit seiner unverfrorenen Korruption stehen.

## Berliner Kommunistenkämpfe.

Der widerpenetente Scholek.

Die „rote Fahne“ hat Sorgen eigener Art. Eine der größten Sorgen scheint für sie der russische Parteitag zu sein, den sie noch wie vor möglichst verdeckt unterbringt. In einem verborgenen Winkel entrüstet sie sich über die „Ignoranz“ des „Bormärts“. Ihre Entrüstung ist leider das einzige, was sie vorzubringen hat; denn sachlich kann sie nicht das geringste vorbringen. Ihre Sorgen sind verständlich. Im kommunistischen Lager ist die Unruhe immer noch groß. Der Bericht über die letzte Stadtdelegiertenversammlung ist offenbar so stark frisiert worden, daß Scholek seinem entrüsteten Herzen in Zuschriften an die Zentrale hat Luft machen müssen. Das Pol-Bureau der Zentrale geht deswegen auf diese Zuschriften, die es wohlweislich nicht veröffentlicht, in einer längeren Zuschrift ein. Daraus erfährt man, daß die „Ultrasinken“ folgenden Antrag gestellt haben:

„Die Delegiertenkonferenz fordert die B. R. auf, den Kampf gegen wichtige Teile der Berliner Organisation einzustellen und eine Politik der Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Boden praktischer Mitarbeit durchzuführen.“

Dieser Antrag erhielt 306 Stimmen, während 369 Stimmen dagegen waren. Das Stimmverhältnis zeigt die Stärke der Spannung in der Berliner Organisation. Man kann kaum annehmen, daß diese Spannung unter dem Eindruck des russischen Parteitages gerade abnehmen wird. Die „rote Fahne“ schreibt deswegen auch:

„Daß dieser Antrag sozial Stimmen erhielt, ist nicht zurückzuführen auf das politische Einverständnis der Berliner Genossen mit den Anschauungen Scholeks und seiner Freunde. In dieser großen Stimmabgabe für den Antrag zeigt sich lediglich die noch nicht genügende Durcharbeitheit der Berliner Organisation. Die große Stimmabgabe für diesen Antrag beweist, daß noch viele Mitglieder und Funktionäre glauben, daß eine Politik der Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Boden praktischer Mitarbeit“ gleichbedeutend ist mit der Einstellung des Kampfes gegen die in der Berliner Organisation noch vorhandenen Abweichungen. Dem ist nicht so. Im Gegenteil. Die Partei wird die richtige Politik erst dann anwenden, wenn feste Kadern vorhanden sind, wenn die Mitglieder nicht nur formal die Politik des Zentralkomitees billigen, sondern im Sinne dieser Politik mit Ueberzeugung in der gesamten Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung arbeiten. Nur wenn wir in der Partei alle schwankenden Genossen überzeugen und den Kampf gegen alle Abweichungen zu führen verstehen, werden wir Erfolge erringen.“

Selbstverständlich werden das Zentralkomitee und die Bezirksteilung alles tun, um eine Zusammenfassung der Partei herbeizuführen. Aber das Zentralkomitee und die Bezirksteilung Berlin-Brandenburg haben die Aufgabe, eine politische Linie durchzuführen, die Mitgliedschaft von der Notwendigkeit dieser Linie zu überzeugen und den Kampf gegen die Kräfte zu führen, die mit allen Mitteln gegen die Durchführung der von der Partei eingeleiteten Politik arbeiten.

Das Abstimmungsverhältnis in der Berliner Stadtdelegiertenversammlung beweist, wie groß diese Unklarheiten noch sind, wie notwendig diese innerparteiliche Arbeit ist.“

Die Beobachtungen in anderen Städten zeigen, daß es dort nicht viel besser steht. Ueberall sind zweifellos die „Unklarheiten“ noch sehr groß. Wir wünschen zum neuen Jahr den besten Erfolg auf diesem Gebiet und hoffen, daß am Ende des nächsten Jahres keine „Abweichungen“ in der KPD. mehr zu vermerken sind.

## Thüringer Staatsbank-Skandal.

Unter der „Ordnungs“-Regierung.

Weimar, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Ende des Jahres 1925, ein Jahr nach dem Ende des Geschäftsjahres 1924, soll endlich der Verwaltungsrat der Thüringischen Staatsbank über die von dem Nachfolger Loebs, Dr. Jost, vorgelegte Bilanz von 1924 Beschluß fassen. Seitdem liefert nun ein von der Regierung gern benutztes rechtsstehendes Blatt bereits Vorpostenangebote für diesen in der Geschichte des Bankwesens wohl einzigartigen Vorgang. Es behauptet, daß Dr. Jost in einem Landtagsauschuß geäußert habe, daß der Bank unter der Leitung Loebs der Kopf geplatzt habe und daß Loebs nicht verstanden habe, die von ihm gemachten Gewinne (angeblich etwa 4 Millionen Goldmark. Der Berichterstatter) zu halten. Angeblich hat die Sicherung der Kredite durch Herrn Dr. Jost die Verzögerung der Bilanz für 1924 bis heute verschuldet. Trotz dieser behaupteten Bemühungen des Herrn Dr. Jost müssen doch wohl sehr große Verluste eingetreten sein, denn die Zeitung spricht von großen Verlustzahlen. Inmerhin sei die Sicherheit der Bank nicht gefährdet. Das „Volk“, unser Jenaer Parteiblatt nimmt heute bereits Stellung zu der noch vor Erscheinen so merkwürdig verteidigten Bilanz. Es schreibt:

„Wir kennen die Bilanz noch nicht, aber wir ahnen, daß alle Verluste nach dem Beggange Loebs. — Mitte September 1924 — auch die für 1925, ihm aufgebürdet werden sollen. Beispielsweise soll ein Kredit A zurückdatiert worden sein, damit er noch zu Lasten Loebs läuft. Auf Befehl der Räte hat der Finanzminister Klüchschauer Loebs gestoppt. Für die durch die Kapitallosigkeit entstandenen Schäden sind sie, Herr v. Klüchschauer, nunmehr haftbar. Haben sie endlich den Mut, wie von der SPD. wiederholt verlangt worden ist, vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages zu treten, und bald wird ihnen die Bilanz der Staatsbank bis in alle Einzelheiten zergliedert werden, selbst wenn wir dabei mitteilen müssen, daß ausgerechnet einem rassistischen Landtagsabgeordneten starke Zinsermäßigungen zugestimmt worden sind.“

## Mussolini bei Chamberlain.

Ein Ferienbesuch in Rapallo.

Napoli, 30. Dezember. (E.P.) Mussolinis Besuch bei Chamberlain in Rapallo gab zu einer gründlichen Besprechung der gesamten politischen Lage Anlaß. Vor und nach dem gemeinsamen mit der Familie Chamberlain im Hotel Bristol eingenommenen Nachessen unterhielten sich die beiden Staatsmänner geraume Zeit unter vier Augen untereinander. Chamberlain hatte erst vorgestern die amtliche Mitteilung erhalten, daß Mussolini ihn auf seiner Heimreise nach Rom besuchen wolle, und sofort zugestimmt. Mussolini traf abends 6.30 Uhr im Sonderzug in Rapallo ein und reiste um 10 Uhr nach Rom weiter. Ueber die Begegnung wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: „Obwohl der britische Außenminister sich nicht aus politischen Gründen in Italien befindet, hat sein Aufenthalt zu einer Begegnung Gelegenheit gegeben, in der die beiden Staatsmänner ihre Ansichten über die wichtigsten Zeitfragen austauschen konnten. Die lange Unterredung, die während des Nachessens der Familie fortgesetzt wurde, war sehr herzlich, und die Prüfung der wichtigsten Ereignisse der internationalen Politik der letzten Zeit hat die Notwendigkeit erwiesen, die jetzt erst festgelegte Zusammenarbeit der beiden Staaten wirksam zu entwickeln, um die verschiedenen widersprechenden Interessen zur Förderung des Friedens in Europa miteinander in Einklang zu bringen.“

Die Sonderkorrespondenten der Blätter sind übereinstimmend der Ansicht, daß von beiden Politikern auch das russisch-türkische Bündnis mit seinen Rückwirkungen erwohnen wurde, nachdem dieser Vertrag und die diplomatischen Anstrengungen Russlands und der Türkei auf dem Balkan Beunruhigung hervorgerufen und im nahen und fernem Osten politische Fragen im Vordergrund stehen, die weder England noch Italien gleichgültig sind. Wahrscheinlich sei auch über die bevorstehende Regelung der italienischen Kriegsschulden gesprochen worden.

## Das Käthchen von Heilbronn.

Ein neues Käthchen, ein neuer Regisseur, ein neuer Theatermaier im Deutschen Theater.

Man hatte vor kurzem ein junges Mädchen entdeckt, das sich in viel Glanz nach dem Theater schme. Die Kleine ging zu Beulen, von denen sie Bestand erlosche, und hat, vortanzen zu dürfen. Man ließ sie nicht tanzen, sondern forderte sie zum Sprechen auf. Es wurde herausgefunden, daß die hübsche Tänzerin mit sehr viel Intelligenz reden konnte. Die Bewegungen, mit denen sie ihr Wort begleitete, verrieten ein besonders talentiertes Wesen. Die Leute ließen die Bühnenkünstlerin erziehen, nun wird sie plötzlich als Käthchen von Heilbronn hinausgeschickt. Es lohnte sich wirklich, dies schon heute sehr überschwänglich angepriesene Wunder, das sich sehr theatralisch auf den Bühnennamen Toni von Eit taufte, kennen zu lernen. Die Kleine Toni wird um die 16 Jahre alt sein. Auf der Bühne scheinen ihre Augen fast stumpf. Das bedeutet: sie scheint ganz in sich hinein zu horchen. Das bescheidene Wippen ihrer Stirn und das leidenschaftliche Aufsehen gegen die Dunkelheit, in der ihre Liebe bleiben soll, all das Begehren des Instinktes, all diese Unterwürfigkeit, die sich steigern soll bis zum himmlischen Mute, dieses Schwanken, dieses blühdlichen wandelnde Sicherheit ihres Gesichts, das sind Gaben, die schon heute außerordentlich gemessen. Die kindliche Schauspielerin ist Kind dem Buche nach, sonst kann sie sich auch schon weidlich geben. Dann wird dieses Aufblühen desto merkwürdiger. Man hat nicht den Eindruck, daß ein Nachahnungsinstinkt sich dressieren ließ. Man hat eher den Eindruck, daß ein liebliches Talent frühreif wurde. Nun spielt Toni von Eit allerdings dieses Käthchen von Heilbronn, das einen besonderen Frauencharakter verkörpert, den Charakter der Slavin, die sich treten, quälen, schelten und erniedrigen läßt, weil sie liebt. Die mittelalterliche Poesie, die ganz von ritterlichen Männern bestritten wurde, lebt solche aufopfernde Mädchen. Sie heißen bald Griselde, bald Genesewa, bald Käthchen, wie dieses heilbronnische Mädchen. Sie sind von süßer Tollheit besessene Heldinnen und vor allem zeichnet es sie aus, daß sie den jungen Herren, die auf ihnen herumtrampeln, gar nicht böse sind. Toni von Eit war ein kostbares Opfer der Niederlage und der Auferstehung. Das Mädchen mit dem dramatischen Kosenamen sei geglaubt.

Eugen Klöpfer, der vorzüglichste Schauspieler hat sich die Regie ausgedacht. Sehr humorig, beinahe parodistisch. Es kommt Silvesterstimmung auf. Wenn z. B. die Ritter sich im Wirtshaus neben dem Saufstall einen ansetzen und ins Stottern geraten, wenn der Feuerwächter, der den Brand ausführen soll, mitfamt seiner Tute heiser wird, dann lacht man in Fröhlichkeit. Und alles bleibt so heiter auf der Bühne. Herr Paul Hartmann, Käthchens hoher Herr, hält außerordentlich tollwoll und gefächelt das Gleichgewicht der Worte, deren parodistischer Redensinn durch das ausgezeichnete Pathos hindurchschneit. Und auch der Kaiser Pechstein,

der die Bühne zu schmücken hatte, parodiert ein wenig. Manchmal ist die Bühne Schmiere, wie sie überliefert wird, manchmal strahlt sie entzündend in Farben. Inmitten all dieser Wichtigkeit schwärmt und schreit das mittelalterlich brave, mittelalterlich entzündende, mittelalterlich siegende Käthchen. Ray Hochdorf.

Zunahme der deutschen Großstädte. Nach einer Statistik, die in der „Umschau“ veröffentlicht wird, wohnen von der gesamten Bevölkerung Deutschlands 62,9 Proz. in Städten, nur 37,1 Proz. auf dem Lande. Außer Berlin gibt es in Deutschland neunzehn Städte, die mehr als 250 000 Einwohner haben, in Frankreich dagegen außer Paris nur drei und in Großbritannien außer London nur elf. Das Zusammenströmen der Bevölkerung in großen Städten hat in Deutschland verhältnismäßig spät begonnen. Im Jahre 1871 lebten von der Gesamtbevölkerung von 41,1 Millionen nur 4,8 Proz. in großen Städten, 1880 schon um die Hälfte mehr. 1890 war die Bevölkerung um ein Fünftel gewachsen, der Prozentsatz der in den Städten Lebenden war aber bereits auf mehr als das Doppelte gestiegen. 1900 hatte sich die Gesamtbevölkerung gegen 1871 um zwei Fünftel vermehrt, die der Städte war fast auf das vierfache angewachsen. 1910 betrug die Bevölkerungsstärke 65 Millionen, von denen rund ein Drittel in den großen Städten lebte. 1925 hat sich die Gesamtzahl auf 82,4 Millionen verringert, die Einwohnerzahl der Städte aber ist weiter gestiegen, und diese Entwicklung wird wohl auch durch alle dagegen unternommenen Maßregeln nicht aufzuhalten sein.

Die Bergkrankheit als Heilkur. In der letzten Sitzung der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde eine Denkschrift des französischen Arztes Kapul Bagny vorgelesen, die sich über die wohlthätigen Wirkungen der gefährdeten Bergkrankheit verbreitet. Die bei der Erstbegehung hoher Gebirge und bei Flügen in einer Höhe zwischen 2000 bis 4000 Meter beobachtete Krankheit wurde zuerst von da Costa im 13. Jahrhundert beschrieben. Die durch die Luftverdünnung bedingten Krankheitserscheinungen besaßen vorzugsweise in Abgespanntheit, starkem Durst, Erbrechen, Herzklappen, Atembeschwerden, Erstickungsangst, Kopfschmerzen, Schwindel und unheimlicher Schlaflosigkeit, wobei sich später Blutungen aus Mund, Nase und Lunge zeigten. Alle diese unangenehm und beforgniserregend erscheinenden Symptome sind aber, wie Dr. Bagny ausführt, nur die Zeichen dafür, daß die erkrankten roten Blutkörperchen infolge der Einwirkung der verdünnten Luft vom Organismus ausgeschieden werden. Den Störungen folgt bald die Reaktion; die übrigen Erscheinungen verschwinden in dem Grade, in dem die erkrankten ausgeatmeten Blutkörperchen durch neue junge und gesunde ersetzt werden. Man kann also sagen, daß der Bergkrankheit als Nachkur eine Regeneration des Blutes und damit eine Erstarbung des Organismus folgt.

Die neunschwänzige Katze. Von englischen Gerichten sind in der letzten Zeit verschiedene Urteile gesprochen worden, bei denen einer Gefängnisstrafe eine Anzahl von Streichen mit der „Katz“ zugewiesen wurde. In Großbritannien ist nämlich die Prügelstrafe noch immer zulässig. Die „Katz“ von heute verdient allerdings eigentlich nicht mehr den Namen der „neunschwänzigen“, denn sie hat nur noch einen Riemen von einem Zoll Durchmesser, der sich an einem hölzernen

Handgriff befindet, und ähnelt einer kräftigen Hundepeitsche. In früheren Zeiten aber war die Katze wirklich neunschwänzig, und jeder ihrer neun Riemen war mit einer Stahlspitze versehen. Dies furchtbare Instrument hat lange Zeit in der englischen Flotte geherrscht; auf dem Lande wurde die neunschwänzige Katze erst vor etwa fünfzig Jahren beim Strafvollzug eingeführt und vielfach in den Gefängnissen gebraucht. Während des Krieges verlor die Katze dann acht ihrer Schwänze und nahm ihre heutige „gemilderte“ Form an. Die zulässige Höchstzahl von Streichen mit der Katze beträgt jetzt fünfzig; bei Personen unter sechzehn Jahren wird an Stelle der Katze eine „Rute“ benutzt. Der Richter muß ausdrücklich das Verzeihen zur Bestrafung und die Zahl der Streiche angeben. Trotzdem bleibt die Züchtigung mit der Katze eine furchtbare Strafe, die an die Grausamkeit des finsternen Mittelalters gemahnt. In unserer „humanen“ Zeit untersucht allerdings ein Arzt Herz und Lungen des Beurteilten vor der Züchtigung. Wenn seine Gesundheit kräftig genug für die Strafe gefunden wird, gibt er den Wärtern ein Zeichen, worauf diese ihm die Arme auf den Rücken binden und ihn im Ru an einen Pfeiler fesseln, worauf die Strafe in Anwesenheit des Arztes und des Gefängnisdirektors verabreicht werden. Selten werden alle Streiche auf einmal gegeben. Fünf bis sechs Schläge verlegen den Verbrecher gewöhnlich in einen halb ohnmächtigen Zustand; er wird dann durch Wasser wieder zum Bewußtsein gebracht, bis er zehn Streiche erhalten hat. Dann muß er zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden.

Noch älter als die Pharaonen. Der Leiter einer wissenschaftlichen Expedition, die eine Ruinenstätte in Honduras (Mexiko) durchsucht, R. Harrington, entdeckt ein Grab, in dem er hohle, Mumien zu finden, die älter und besser erhalten sind als die in Ägypten. Der Gelehrte hat bereits mancherlei Kunstgegenstände der Ägypten aufgefunden. Die Bevölkerung soll in Amerika gelebt haben, lange bevor in Ägypten die Pharaonen ihre Schätze in den Pyramiden und Grabkammern unterbrachten. Das von Harrington bloßgelegte Grab befindet sich in einem Salzberg, was die Annahme rechtfertigt, daß die Leichen unversehrt sind.

Im Neuen Theater am Zoo beginnt die Vorstellung des „Wahren Jacob“ mit Gauth Thibauter am Samstagabend anstandslos um 7 Uhr.

Die Vorstellung der Operette „Meffenmeister“ im Berliner Theater beginnt am Donnerstag (Elocher) anstandslos um 7 1/2 Uhr.

Im Theater des Westens beginnt die Aufführung der Glycerin-Operette „Das Spiel um die Liebe“ am Samstag abends anstandslos um 7 1/2 Uhr.

Vollstunde. Im Theater am Bülowplatz findet Sonnabend, 2. Januar, abends 8 Uhr, die 35. Aufführung von „Dummkopfs“ statt. Der beliebte Pan Duschowitz tritt. Die Theaterhalle spielt Adolf Wang, den Kurjag Peter Jhle.

Kaplan Jochel spricht am Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr, in der Singaladen über „W e u b e r o s“.

Gesetze und Amerika. Ritz die in sechs Jahren bevorstehende Hundertjahrfeier von Goethes Todestag wird von einem Auschuß amerikanischer Universitätsprofessoren ein umfangreiches Werk vorbereitet, in dem der Einfluß Goethes auf Amerika untersucht und erschöpfend dargestellt werden soll.

Nur eine Flasche Wodka. Die Sanftrennung hat zur Beseitigung des Alkohols, den die Trunksucht in Sowjetland nach Wiedereröffnung des 40-prozentigen Wodka angenommen hat, die Bestimmung erlassen, den Verkauf auf „nur eine Flasche Wodka täglich“ auf dem Kopf der Bevölkerung zu normieren.

## Christlich-sozialer Parteirat in Wien. Opposition der Delegierten aus Steiermark.

Wien, 30. Dezember. (WLB.) Der christlichsoziale Parteirat, der bis in die Abendstunden dauerte, hat nach Entgegennahme der Berichte des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel und des jetzigen Bundeskanzlers Ramek über die wirtschaftspolitische Lage und nach Darlegung der für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in Aussicht zu nehmenden gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen die Übereinstimmung aller Teilnehmer an der Beratung sowohl über die Ziele der künftig einzuhaltenden Wirtschaftspolitik als auch über das tatsächliche Vorgehen der Partei festgestellt. Der Gesamtparteitag wurde für den 2. Februar 1926 nach Wien einberufen. Bis dahin soll, wie die Blätter melden, eine gütliche Einigung (also ist die „Übereinstimmung“ noch nicht erzielt. Red.) über das von den einzelnen christlichsozialen Fraktionen aufgestellte Wirtschaftsprogramm gefunden werden. Die steirischen Christlichsozialen haben u. a. verlangt, daß eine Annäherung an die Sozialdemokraten, gesucht werde, daß die Banken dazu angehalten werden sollen, ihre in ausländischen Unternehmungen deponierten Kapitale zurückzuführen, um sie im Inlande zu verwenden, daß die Notenbank der heimischen Industrie zu billigen Sätzen Kredit zur Verfügung stellt, und daß der Bezug ausländischer Rohle auf ein Minimum reduziert werde. Wie die Blätter im übrigen feststellen, hat die gestrige Beratung der Partei volle Einmütigkeit über die künftigen Richtlinien ergeben. In eine Rekonstruktion der Regierung im politischen Sinne sei gegenwärtig nicht zu denken. Bundeskanzler Ramek werde nunmehr mit den Großdeutschen über das Wirtschaftsprogramm Fühlung nehmen, aber auch an die Sozialdemokraten herantreten, um diese, soweit es möglich sei, zur Mitarbeit heranzuziehen.

### Schließung des Wiener Wohnungsamtes.

Wien, 30. Dezember. (WLB.) Infolge der bevorstehenden Schließung des Wohnungsamtes, die mit dem Ablauf des Wohnungsanforderungsgehezes mit Ende dieses Jahres zusammenhängt, haben sich gestern 4000 Wohnungsuchende beim Wohnungsamt eingefunden, um, wie die Blätter berichten, ihre Wohnungswünsche noch vor Ablauf des Jahres mitteilen zu können.

Die Nichtverlängerung dieses Befehles durch die bürgerliche Nationalratsmehrheit trotz allem Drängen der Gemeinde Wien zwingt das Wohnungsamt, seine Tätigkeit einzustellen und macht den sozial gerechten Wohnungszuweisungen ein Ende. Die bürgerlichen Parteien werden an der Verantwortung dafür schwer genug zu tragen haben!

## Vom russischen Parteitag. Die Auswirkung der Differenzen.

Moskau, 30. Dezember. (Weidung der Sowjet-Telegraphen-Agentur.) Vor Annahme des gestrigen Schreibens an die Leninград Parteiorganisation sprach sich Sinowjew im Namen der Leninград Delegation gegen das Schreiben aus. Er erklärte u. a.: Die Minderheit hat durch ihre Stimmabgabe gegen die Entschließung zum politischen Bericht des Zentralkomitees keinerlei Gefahr einer Parteispaltung geschaffen, denn die Geschichte der russischen kommunistischen Partei weist Duzende von Fällen auf, in denen Entschließungen gegen eine zahlreichere Minderheit nicht einstimmig angenommen wurden. Ungeachtet dessen würden diese Entschließungen für die Minderheit zum Gesetz. Die Beschlüsse des 4. Parteitages sind für uns ebenso verbindend wie für alle Parteimitglieder. In seiner Antwort an Sinowjew wies Rykow darauf hin, daß einige Führer der Leninград Organisation die Parteipolitik dadurch verletzten, daß sie sofort nach der Beschlüßfassung des Parteitages die Polemik gegen diese Beschlüsse in der Leninград Presse weiterführten. Rykow hob weiter die Notwendigkeit einer wirklichen Geschlossenheit der Partei hervor und unterstrich das Schreiben an die Leninград Organisation, das mit 594 gegen 36 Stimmen angenommen wurde.

Mit gleicher Mehrheit beschloß der Parteitag, auf die Entgegennahme eines Berichtes Kamenevs über Wirtschaftspragen zu verzichten, da Kamenev gegen die Entschließung zum politischen Bericht des Zentralkomitees stimmt und nicht die Meinung des letzteren vertritt, das zukünftige Zentralkomitee zu beauftragen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete an die Leitlinie dieser Entschließung zu halten. Hierauf erstattete Tomski Bericht über die Aufgaben der Gewerkschaften. Der Parteitag nahm mit Beifall seine Entschlüsse über die Notwendigkeit weiterer konsequenter Durchführung der einheitslichen Linie der internationalen Gewerkschaftsbewegung im Geiste der Tätigkeit des englisch-russischen Komitees an. Die Herstellung der Einheit mit den Gewerkschaften anderer Länder, enge Verbindung mit den Gewerkschaften des Ostens, besonders Japans, gemeinsamer Kampf gegen die Kriegsgefahr sind die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften der Sowjetunion.

Auf dem Parteitag sind zahlreiche Delegationen einiger Bezirke und der größeren Zellen der Leninград Parteiorganisation eingetroffen, die den Parteitag begrüßten und die Handlungsweise der Leninград Delegation, welche die ihren Wählern gegenüber übernommene Verpflichtung, für volles Gelingen der Tätigkeit des Zentralkomitees zu stimmen, nicht erfüllt habe, verurteilten und ihre vorbehaltliche Solidarität mit den Beschlüssen des Parteitages erklärten.

Der Schluß des Parteitages und die Neuwahlen für das Zentralkomitee werden für morgen erwartet.

## Cunning gescheitert.

Paris, 30. Dezember. (WLB.) Der englische Hauptmann Cunning, der seit mehr als einer Woche als Unterhändler Abd el Krim in Paris weilte, wird dieser Tage unverrichteter Dinge nach London weiterreisen. Briand hat nach dem heutigen Ministerrat im Gespräch mit Journalisten deutlich zu verstehen gegeben, daß es nicht seine Absicht sei, Hauptmann Cunning zu empfangen, von dem man überhaupt, wie der Ministerpräsident wegwerfend hinzufügte, viel zu viel Aufhebens mache. Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß Hauptmann Cunning brieflich davon in Kenntnis gesetzt werden würde, daß die französische Regierung es ablehne, mit ihm in Verbindung zu treten. Gleichzeitig wird das in Aussicht gestellte Communiqué an die Presse ausgegeben werden.

## General Hsushucheng ermordet.

Peking, 30. Dezember. (WLB.) General Hsushucheng ist hier ermordet worden. Der Ermordete, der gewöhnlich der „Kleine Shu“ genannt wurde, war früher Brinotsekretär des jetzigen chinesischen Ministerpräsidenten Luandjao und hat vor kurzem Europa bereist. (Er war neuerdings als künftiger chinesischer Ministerpräsident genannt worden. Red. d. „Vorwärts.“)

## Himmliche Silvesterherze.

12 bis 14 Grad Wärme am vorletzten Tage des alten Jahres! Soßti endgültig alle Schneehoffnung fahren! So mancher spekulierte noch auf die Unbeständigkeit des himmlischen Wetterherzes, wenn er gestern in die grauen Wolken blickte. Es ist aus. Silvester 1925 mit Frost und feinstoller Schneeflocken ist eine Illusion der Phantasie und Zeichner, die aus Berufsgründen ein wenig schwindeln müssen. Am Silvesterabend wird es nach den Prognosen der dazu beauftragten Propheten frühlingmäßig mild sein und sehr unharmonisch. Windfäden regnen, auch für den Neujahrstag ist kaum besseres Wetter zu erwarten: mild, strichweise Regen, trübe. Wenn das ein Symbol des Jahres 1926 sein soll... Prost Neujahr!

## Der unheimliche Gast.

### Ein seltsamer Vorfall in einem Dorfweidhaus.

Ein aufregender Vorfall, der sich wie die unheimliche Mär von dem Weidhaus im Spezzart lief, hat sich gestern abend in Falke nsee bei Spandau zugetragen. Zwischen 7 und 8 Uhr erschien in der Gastwirtschaft von Paul Müller in Falkensee ein ansehend dem Arbeiterstande angehöriger Mann. Er setzte sich abseits von den anderen Gästen in eine dunkle Ecke und starrte unausgesetzt vor sich hin. Dreimal forderte er je ein Glas Bier und einen Schnaps. Während der ganzen Stunden beobachtete er sich nicht mit einem Worte an der allgemeinen Unterhaltung. Sein Nummernschildchen brachte ihm sowohl dem Wirt wie den übrigen Gästen ziemlich unheimlich vor. Nach und nach gingen die Besucher, bis zuletzt außer dem Unheimlichen niemand mehr da war. Der Wirt, der sich scheute, mit ihm allein zu bleiben, hatte vorher den Wächter des Ortes, Reuter, und den Landwirt Fröh Bathe gebeten, doch noch einmal vor Ladenschluß vorzusprechen. Beide Männer kamen denn auch gegen 1 1/2 Uhr in die Wirtschaft zurück. Der Wirt ging jetzt auf den einsamen Gast zu und bat um Zahlung, da er schlafen wolle. Da schien der Mann aus seiner Verunsicherung zu erwachen. Er sprang mit einem Fluch auf, rief einen langen Riefänger aus der Tasche und stürzte sich mit dem Ausruf „Ward!“ auf die drei anderen Männer. Diese waren so bestürzt, daß sie nicht gleich an Gegenwehr denken konnten. Der Messerheld brachte dem Wirt einen Stich in den Rücken bei, der die Wirbelsäule verletzete. In dem sich jetzt entspannenden Kampfe trug der Wächter Reuter ebenfalls einen Rückenstich davon und stürzte in die Brust und die Arme. Der Landwirt Bathe erhielt mehrere Kopf- und Armschläge. Müller schleppte sich mit Unterstützung aller Kraft in seine im Obergeschoß gelegene Wohnung und alarmierte das Ueberfallkommando durch den Fernsprecher. Bathe und Reuter flüchteten aus dem Lokal und riefen, von Haus zu Haus eilend, die Ortsbewohner zum Beistand herbei. Die Männer umstellten das Haus, um dem Rasenden den Weg abzuschneiden. Dieser hatte im Schanzraum alles kurz und klein geschlagen und sich dann in die Küche zurückgezogen, deren Türen er verbarrikadierte. Das Ueberfallkommando, das alsbald eintraf, forderte ihn durch die Tür auf, sich zu ergeben. Der Wirt hatte die langstielige Feuerwehrröhre Müllers in der Küche gefunden und drohte jeden niederzuschlagen, der ihm zu nahe komme. Den Beamten blieb nichts weiter übrig, als durch zwei Schreckschüsse den Versuch zu machen, den Eingeschlossenen von der Tür zu vertreiben und diese dann einzuschlagen. Als sie die Küche betreten, lag der Mann schwer verwundet am Boden. Eine der Augen halte ihn in die Brust getroffen. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus in Spandau, er verstarb aber schon auf dem Transport. Er wurde festgestellt als ein 32 Jahre alter Arbeiter David aus der Tiltitzer Straße 23 zu Berlin. Was ihn zu der entsetzlichen Bluttat veranlaßt hat, weiß man nicht. Entweder plante er einen Raubüberfall, sobald er mit dem Wirt allein war, oder er hat im Rausch gehandelt. Der Riefänger, den er als Wirt verstand, ist ein Hirschkäfer, dessen Schenkel eine Länge von 15 Zentimetern hat. Der Wirt Müller und der Wächter Reuter liegen in bedenklichem Zustand darnieder.

Zu dem Raubmord in Brühl wird gemeldet, daß sich inzwischen noch mehrere Zeugen gemeldet haben, die während der Festtage auf Reien gewesen waren. Einer dieser Zeugen hat gesehen, wie Schumann am 24. gegen 2 Uhr mit einer Autobrosche vor seinem Hause Donaustr. 100 vorgefahren ist. Das wirkt um so beständlicher, als Schumann vorher gar nicht im Besitz größerer Geldmittel gewesen ist. Trotzdem alle seine Angaben bisher widerlegt sind, bleibt er bei seinen Unschuldsbeteuerungen und stellt alle Zeugen ausjagen als Lügen hin. Der Chauffeur der Kraftbrosche, der Schumann am 24. Dezember nachmittags um 1 1/2 Uhr gefahren hat, wird dringend erucht, sich zu melden. Der Führer ist kenntlich gemacht durch einen schwarzen Mantel und schwarzen weichen Hut. An der rechten Stirnseite aber am Haargang ein Muttermal. Er hat das Auto in Reußdilln ober an der Bräyer Grenze angerufen.

### Rätselhaftes Verschwinden eines Chauffeurs.

Seit dem 15. d. M. wird der 30 Jahre alte Kraftwagenführer Kurt Scheer aus der Comarstraße 5 vermißt. Scheer, der bei dem Fuhrunternehmer Kubach in der Kalsender Straße angestellt war, fuhr am 15. Dezember nachmittags um 4 Uhr mit einem neuen großen Hochwagen vom Hofe und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Trotz aller Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, den Verbleib des Mannes und des ihm anvertrauten Wagens zu ermitteln. Nachfragen bei anderen Chauffeuren, die mit Scheer an demselben Standplatz zu halten pflegten, ergaben, daß er einige Tage vor seinem Verschwinden bei seinen Berufskollegen Erkundigungen über den besten Weg nach Hamburg eingezogen hat. Ob er die Absicht gehabt hat, sich nach dort zu wenden, ist sehr zweifelhaft. Das Auto war ein 10/50 PS-Hochwagen mit der Erkennungsnnummer I A 31 375 und dunkel lackierter Karosserie. Mitteilungen, die zur Aufklärung dienen könnten, sind Kriminalkommissar Seinemeyer im Zimmer 83 des Polizeipräsidiums zuzuleiten.

### Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge in Berlin.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Berlin hat den Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab für Monatsgehaltsempfänger, vom 4. Januar 1926 ab für Wochenlohnempfänger auf 3 Proz. des in der Krankenversicherung geltenden Grundlohnes festgesetzt. Dieser Beitrag, der dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte, also je 1 1/2 Proz. des Grundlohnes beizusteuern haben, gilt für alle versicherungspflichtigen Mitglieder der in Berlin anfallenden Krankenkassen bzw. Zweigstellen von Krankenkassen. Die Abführung der Beiträge hat nach wie vor seitens der Arbeitgeber an die zuständigen Krankenkassen gemeinsam mit den Krankenkassenbeiträgen zu erfolgen.

### Verolinachau.

Unter der Ankündigung „Verolinachau“ veranstalteten die Kaninchen-Spezialvereine zusammen mit der Frauenabteilung der Kaninchenzuchtvereine im Saalbau Friedrichshain eine große Sonderausstellung, die mit einer sehenswerten Pelzmodeschau selbstgefertigter Pelzwaren verbunden war. Infolge der wirtschaftlichen Notlage mußten diese auswärtige Züchter davon absehen, sich mit ihren Zuchtieren an der Ausstellung zu beteiligen. Immerhin standen noch zirka 500 Käfige mit Prachttieren von Kammlern, Hännern und jungem Nachwuchs dicht beieinander. Belgische Nissen und deutsche Nissenscheiden wogen bis zu 14 Pfund und französische Silberkaninchen, blaue Wiener, Angora, Chinilla und winzige Spermokaninchen mit heißen Ohren waren Erzeugnisse langwieriger Zucht. Am 2. Weihnachtstierstag wurde vom Reichsbund Deutscher Kaninchen-

Züchter ein lehrreicher Lichtbildvortrag gehalten, der die Zucht in allen Details eingehend behandelte. Die Frauenabteilungen, die unter Leitung von Lehrerinnen der pelzverarbeitenden Branche stehen, zeigten an den ausgestellten Pelzwaren, was sich alles aus Kaninchenstellen herstellen läßt. So gab es elegante „Füchse“ und Kragen, sowie praktische Gegenstände wie Vorleger und Kinder-garnituren in allen möglichen Pelzimitationen zu sehen. Zahlreiche Erste und Ehrenpreise wurden gespendet, so daß der Provinzialverband Brandenburgischer Kaninchenzüchter „Ortsgruppe Verolinachau“ mit an erster Stelle rangiert.

## Ein Veteran der Presse.

Redakteur Robert Brunwald, der Senior der Berliner Parlamentsjournalisten, der Jahrzehnte hindurch auch Mitarbeiter des „Vorwärts“ gewesen ist, ist im 73. Lebensjahr nach kurzer Krankheit gestorben. Schon in jungen Jahren war er in Oldenburgs parlamentarischem Bureau tätig.

Von 1902 ab stand er in dem Dienst von Wolffs Telegraphenbureau, von dem damals das Oldenburgische Bureau erworben wurde. In dieser Tätigkeit hat er, wie Wolffs Telegraphenbureau in einem Nachruf hervorhebt, in vorbildlicher Pflichttreue und mit unbedingter Zuverlässigkeit auf der Pressefront des Parlaments gearbeitet. Als im Jahre 1920 das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger die Parlamentsberichterstattung übernahm, ging der im Parlamentsdienst erprobte Journalist dorthin über. Für den „Vorwärts“ hat er 3 1/2 Jahrzehnte hindurch die Stadterordnungs- und Ausschussberichte geschrieben, deren Mustergültigkeit in Journalistenkreisen anerkannt war. Auch in dieser Tätigkeit hat er mit unermüdlicher Arbeitslust und unverwundlich scheinernder Frische, unbeirrt auch durch alle Erschütterungen der Kriegs- und Revolutionszeit, in fester Treue und Gewissenhaftigkeit seine Pflicht getan. Wir werden das Andenken dieses kenntnis- und erfahrungsreichen Mitarbeiters in Ehren halten.

## Nette Gesellschaft.

### Bis auf das Hemd ausgeplündert.

Eine seltsame Entdeckung machte gestern abend um 10 Uhr eine Schupostrafe an der Jungfernbrücke in Blöhensee. Unter dem Brückenbogen sahen die Beamten im Dunkeln sich etwas bewegen, konnten es aber nicht genau erkennen. Sie gingen die Böschung hinunter und fanden zu ihrem Erstaunen einen Mann, der sich splitterfasernackt vor ihnen in die äußerste Ecke verfracht.

Ihre erste Annahme, daß der Mann trotz der späten Stunde ein kleines Bad im Freien habe nehmen wollen, bestätigte sich jedoch nicht. Sie suchten nach seinen Kleidern, um den Nitternden barnherzig anzuziehen, konnten aber nichts finden. Der Mann selbst konnte keine Antwort geben, teils, weil ihm vor Kälte die Zähne klapperten und teils, weil er recht reichlich über den Durst getrunken hatte. Einer der Schupoleute hülfte den Nacken in seine Pelzdecke und alle zusammen traten den Weg zur Blöhenseemoche an, wo der „Abhängigkeitsrat“ körperlich und geistig allmählich auftaute. Es ist ein 31 Jahre alter Arbeiter Georg J. aus der Rostocker Straße. Während einer der Beamten sich nach der Wohnung begab, um andere Kleidungsstücke für J. zu holen, erzählte dieser seine Geschichte. Gestern nachmittags gegen 5 Uhr war er die Invalidenstraße entlang und hatte dort einen jungen Burschen kennen gelernt. Beide suchten ein Lokal auf und trafen hier mehrere gleichgesinnte junge Burschen. So zog die Schor die Invaliden- und die Beusselstraße entlang mit der Absicht, nach der Jungfernbrücke zu kommen. Unterwegs ließ man gemeinsam keine einzige Kruppe aus. J. kann sich nur noch erinnern, daß er in der Beusselstraße gemeldet ist. Was später mit ihm geschehen ist, weiß er nicht mehr. Er kam erst halbwegs zu sich, als er sich völlig entkleidet umge der Brücke wiederstand. Ohne Zweifel haben seine jugendlichen Begleiter den Begehren dorthin verschleppt und ihn dann vollkommen ausgeplündert. Er selbst wollte nun bis Mitternacht unter dem Pfeiler sitzen bleiben in der Hoffnung, dann ungelesen seine Wohnung erreichen zu können. Die Schupo hat seine Wartezeit um 2 Stunden verkürzt. Eine Beschreibung seiner Anwesenden konnte J. nicht geben.

### Zuchthausstrafe für einen Briefkastenmarder.

Zum Schutze der Deffentlichkeit machte das Schöffengericht Schöneberg einen gemeingefährlichen Briefkastenmarder in der Verlon des schon vorbestraften Erich Gontscharek auf lange Zeit unschädlich. Erst einer von Postrat Ulde geleiteten Bewachungsstrafe gelang es nach längerer Beobachtung, dem Treiben dieses Burschen ein Ende zu bereiten. Er erhielt die empfindliche Strafe von 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und wurde unter Polizeiaufsicht gestellt.

Über einen Vorfall beispiellosster völkischer Rohheit berichtet die „Vossische Zeitung“. Danach ist der 74 Jahre alte Gelehrte Dr. Gregorius Jelson am Weihnachtsabend vor dem über berühmten völkischen Lokal Wilhelm von einem hier zu Besuch weilenden Rittergutsbesitzer Baron von Engelhardt mit dem Worten: „Schlagt den Juden tot!“ überfallen und so über zugerichtet worden, daß der alte Herr hilflos auf der Straße liegen blieb und zur nächsten Rettungsstelle geschafft werden mußte. Dr. Jelson bittet um Zeugen des Vorfalls, besonders von Chauffeuren, ihre Adressen in seiner Wohnung Kurfürststr. 40 IV abzugeben.

### Schwere Autobuskatastrophe in Holland.

Amsterdam, 30. Dezember. (WLB.) Wie aus Bergen op Zoom gemeldet wird, verjagte dort gestern abend der Motor eines den Verkehr zwischen Tholen und Bergen op Zoom aufrechterhaltenden Autobusses gerade in dem Augenblick, als dieser nach der Ueberführung über den Tendrogt die Fähre verlassen hatte. Auf dem abschüssigen Ufergelände begann der Omnibus dem Wasser zuzugleiten. Die Passagiere wurden von einer Panik ergriffen und drängten den Wagenführer von seinem Platz, so daß es diesem unmöglich wurde, den Wagen zum Stehen zu bringen. Dem Wagenführer und einem Passagier gelang es schließlich, sich durch schnelles Abspringen zu retten, die fünf übrigen Passagiere verschwanden mit dem Autobus im Wasser und ertranken. Die Leichen konnten später geborgen werden.

Zwanzig Fohlen verbrannt. Gestern abend brach auf einem Gehöft in der Nähe von Köln-Mülheim Großfeuer aus. Ein Teil der Wirtschaftsgebäude wurde vom Feuer erfaßt und brannte bis auf den Unterboden nieder. Die in den Ställen befindlichen Pferde und Schweine wurden schnellstens auf die Weide getrieben; etwa 20 Fohlen sollen in den Flammen umgekommen sein. Die Wehren von Köln, Köln-Mülheim und die Berufsfeuerwehr der Farbenfabriken von Levertusen hatten große Mühe, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist beträchtlich.

## Jugendveranstaltungen.

Schüler Brandenburgischer. Der Vortragskreis trifft sich morgen Donnerstag früh 1/2 8 Uhr, Potsdamer Bahnhof, Freitreppe.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft entlassener Republikaner. Heute abend 8 Uhr in der Räumlichkeiten des Sozialistischen Clubs, Wilhelmstraße 48, geistlicher republikanischer Abend. Einleitender Vortrag (ohne Diskussion), gefolgt von Vorträgen mit anschließendem Vortrag. Republikaner aller Parteien willkommen.

# Katastrophale Wirtschaftskrise.

## Die Dringlichkeit durchgreifender Maßnahmen.

Die katastrophale Zunahme der Erwerbslosen, die aus der in unserem heutigen Morgenblatt veröffentlichten Statistik über die Zunahme der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hervorgeht, zeigt aufs neue die außerordentliche Dringlichkeit von durchgreifenden Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise. Was bisher von den amtlichen Stellen geschehen ist, ist kaum mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn am 15. Dezember bereits über eine Million Hauptunterstützungsempfänger gezählt worden sind, dann kann die Zahl der Erwerbslosen zu diesem Zeitpunkt auf das Doppelte, d. h. auf zwei Millionen angenommen werden. In gewöhnlichen Zeiten ist bekanntlich die Differenz zwischen den Unterstützungsempfängern und der wirklichen Zahl der Erwerbslosen noch erheblich größer und verhält sich etwa wie 1 : 3. Bei einer raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit vermindert sich naturgemäß diese Differenz.

Seit dem 15. Dezember ist aber die Zahl der Erwerbslosen weiter sehr schnell gewachsen, wie die Wochenberichte der verschiedenen Landesarbeitsämter aufzeigen. Gegenwärtig kann man ohne pessimistische Übertreibung die Zahl der Erwerbslosen auf drei Millionen schätzen. Zu diesen Erwerbslosen kommen noch die Kurzarbeiter, deren Einkommen gleichfalls zur Deckung der lebenswichtigsten Bedürfnisse nicht ausreicht.

Was ist nun von den Ländern, was ist insbesondere vom Reich geschehen, um die Wirtschaftskrise, die zu dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit geführt hat, zu beheben? Ohne auf die schweren Befehle unserer offiziellen Wirtschaftspolitik bei der Vollvorlage und den Handelsabkommen zurückzugreifen, ist es notwendig, zu unterstreichen, daß insbesondere vom Reichswirtschaftsministerium bisher nichts geschehen ist, um die Kreditnot zu mildern, die die Schließung vieler Betriebe verursacht. Es ist von den Reichsbehörden nichts geschehen, um eine großzügige Organisation von Nothilfsmassnahmen in die Wege zu leiten.

Längst hätten die zuständigen Reichsbehörden die Vergabe von Arbeiten, die in Aussicht genommen sind, organisieren müssen. Längst hätte eine Konferenz der Länder einberufen werden müssen, um ein Programm wirtschaftlicher Nothilfsmassnahmen aufzustellen und durchzuführen. Es handelt sich nicht nur darum, den bereits Arbeitslosen eine Unterstützung zu zahlen, die übrigens völlig unzureichend ist, es handelt sich vor allen Dingen darum, zu verhindern, daß die Arbeitslosigkeit weiter um sich greift, und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Beilegung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Freien Gewerkschaften haben wiederholt auf die Gefahren der Wirtschaftskrise hingewiesen. Sie haben konkrete Vorschläge zu ihrer Behebung gemacht. Insbesondere hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Regierungskrise zum Anlaß genommen, um den bürgerlichen Parteien Forderungen zu unterbreiten, die vornehmlich auf die Behebung der Wirtschaftskrise hingen.

### Moskowitzische Dummheit.

Wir haben niemals die Intelligenz der Redakteure der „Roten Fahne“ besonders hoch eingeschätzt. Was sich dieses Blatt aber in der Frage der „Einheitsfront“ leistet, übersteigt selbst unsere künftigen Erwartungen.

Wir haben in der Frage der sogenannten Einheitsfront wiederholt Stellung genommen, insbesondere anlässlich der russisch-englischen Konferenz des Interiums von Citrine und von Brown. Während unsere englischen Genossen ausgehen von einer vermuteten tiefergehenden Spaltung innerhalb der festländischen Gewerkschaften und sich berufen fühlen, als Vermittler zwischen Moskau und Amsterdam diese Spaltung zu beseitigen, haben wir immer wieder betont, daß eine derartige Einmischung nicht in Frage käme und daß es sich nur um den Anschluß der russischen Gewerkschaften an den I.O.B. handle.

Die Differenzen, die in den festländischen Gewerkschaften bestehen, sind im allgemeinen gewiß nicht größer als die der englischen Gewerkschaften. Sie sind zurückzuführen in erster Linie auf die von Moskau aus betriebene Spaltung der politischen Arbeiterparteien, die auch unumgänglich ihren Niederschlag in den Gewerkschaften findet. Solange die politische Spaltung der Arbeiterschaft von Moskau betrieben wird, werden diese Differenzen auch bestehen.

Nun sollte man annehmen, daß die „Rote Fahne“, die immer wieder scheinheilig von der gewerkschaftlichen Einheitsfront spricht, während sie ganz genau weiß, daß es sich dabei nur um ein politisches Manöver von Moskau handelt, daß diese von uns herausgestellte Tatsache von dem Bolschewistenblatt auch weiter möglichst verhüllt wird. Statt dessen druckt es den wesentlichen Teil unserer Ausführungen ab und erklärt triumphierend, daß es nunmehr offen zutage liege, um was es sich handle: um eine politische Streitfrage. Freilich lacht die „Rote Fahne“ ihren Lesern einzureden, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands das Karmel sei. Daß sie, um die Aufrechterhaltung ihrer Koalitionspolitik zu sichern, die Gewerkschaftseinheit sabotiere.

Wie kommt es dann, daß die moskowitzische Spaltungspolitik auch in den anderen Ländern betrieben wurde? Warum hat man auch in Frankreich, Italien, Desterreich usw. die Gewerkschaften zu spalten versucht? Warum wird auch dort die kommunistische Zellenbildung betrieben? Warum hat Moskau in Japan die Gewerkschaften gespalten? Ist das alles geschehen, um in Deutschland die Koalitionspolitik der SPD. zu verhindern?

Die bürgerlichen Parteien haben ebenso diese Vorschläge zu sabotieren versucht, wie die Reichsregierung bisher sich allen Vorschlägen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gegenüber ablehnend verhalten hat. Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium der Reichsregierung haben einträchtig die Politik der Unternehmer unterstützt, die uns die jetzige Wirtschaftskrise beschert hat.

Gewiß besteht auch in anderen Ländern eine Wirtschaftskrise. Aber nirgends hat sie die katastrophalen Formen angenommen wie in Deutschland. Die deutsche Wirtschaftskrise ist ein besonderes Gewächs der kurzfristigen Unternehmerpolitik während der Inflation und seither. Wenn man heute bei den Unternehmern einzufahren beginnt, daß diese Politik der Hamsterung der Sachwerte und der Ausplünderung der Sparer und Verbraucher verhängnisvoll war, so zeigt sich aber nirgends noch der entschlossene Wille, mit dieser Politik radikal zu brechen. Die Unternehmer schreiben in gewohnter Weise nach Steuererleichterung und anderen Schutzmaßnahmen, stehen aber der Wirtschaftskrise selbst mit hilfloser Ratlosigkeit gegenüber.

Mit dem billigen Trost, daß es sich um eine Gesundungskrise handelt, ist weder den Erwerbslosen geholfen, noch etwas gebessert. Die Gesundung wird nicht herbeigeführt, geschweige denn beschleunigt, wenn man den Kranken sich selbst überläßt. Wenn am Jahresende drei Millionen Erwerbslose und mindestens ein bis zwei Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind, dann ist die Gefahr aufs höchste gestiegen. Es liegen nicht die geringsten Anzeichen vor, daß die Wirtschaftskrise abzuflauen beginnt. Im Gegenteil verschärft sich die Wirtschaftskrise von Woche zu Woche, und zwar immer schneller.

Angesichts dieser laminenhaft wachsenden Katastrophe ist keine Zeit mehr zu verlieren. Reichsregierung und Länderregierungen haben die Pflicht, sofort ein Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise aufzustellen und durchzuführen!

**Dortmund, 29. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Seit dem 16. Dezember setzt sich im Hürder Bezirk die sprunghafte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in allergrößtem Ausmaß fort, so daß bis zum 28. Dezember die Zahlen der Arbeitsuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger um über 2700 gestiegen sind. Damit stellt sich die Zahl der Arbeitsuchenden auf über 16 800. Es ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Verminderung der Erwerbslosenziffer eintreten wird. Eher ist zu erwarten, daß die in den Nachbarbezirken ausgesprochenen Rindigungen von Vergleuten und die Stilllegungen industrieller Werke sich auch im Hürder Bezirk bemerkbar machen werden. Im Stadt- und Landkreis Hörde waren am 28. Dezember 16 828 (die Woche vorher 14 120) Arbeitsuchende und 12 656 (9 941) Hauptunterstützungsempfänger einschließlich Nothstandsarbeiter vorhanden.

Die Fache Königsgrube in Köhlinghausen, eine der wenigen Schachtanlagen, die trotz der Krise im Bergbau fortlaufend gut beschäftigt war, beschäftigt in allerhöchster Zeit zur Ausführung neuer Arbeiten noch einige hundert Bergarbeiter einzustellen.

### Zu gewissenhaft — darum entlassen.

Ein Chauffeur der Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabrik lehnte es ab, einen Kraftwagen zu fahren, weil die Steuerung nicht in Ordnung und der Auspuff beschädigt war. Die Firma erklärte die Ablehnung des Chauffeurs als Arbeitsverweigerung und entließ ihn, worauf er beim Gewerbegericht seine Entlassung als unbillige Härte anfocht.

Der Vertreter der klagenden Firma mußte zugeben, daß die vom Kläger angeführten Defekte an dem Wagen tatsächlich vorhanden sind. Er behauptete aber, die Mängel seien nicht so erheblich, daß der Kläger berechtigt gewesen wäre, die Fahrt mit dem Wagen zu verweigern. Der Wagen werde seit der Entlassung des Klägers von einem anderen Chauffeur gefahren und es sei noch nichts passiert. — Demgegenüber betonte der Kläger, wenn sein Nachfolger so leichtfertig sei, einen defekten Wagen in den Straßen Berlins zu fahren, so lege er sich einer schweren Verantwortung aus. Nach der polizeilichen Verkehrsordnung und auch nach dem Verträge mit dem Arbeitgeber sei der Chauffeur verpflichtet, auf die Betriebssicherheit des Wagens zu achten, und er sei verantwortlich für Schäden, welche aus der Vernachlässigung dieser Pflicht entstehen. Das Risiko, mit einem beschädigten Wagen zu fahren, könne er, der Kläger, nicht auf sich nehmen.

Das Gericht verurteilte die Firma, den Kläger weiterbeschäftigen oder ihn mit 110 M. zu entschädigen, denn es stehe fest, daß der Wagen nicht in Ordnung war, der Kläger habe deshalb in guter Absicht und aus guten Gründen die Fahrt mit dem Wagen abgelehnt.

### Einigung im belgischen Bergbau.

**Brüssel, 30. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in Belgien eine Urabstimmung der Bergarbeiter statt, die der Entscheidung galt, ob 1. der Unternehmersvorschlag auf 5prozentige Lohnföhrung ohne Revision des Tarifvertrages oder 2. ein Kompromißvorschlag auf dreiprozentige Lohnföhrung mit Tarifvertragsänderung angenommen oder ob 3. beide Vorschläge abgelehnt und der Generalstreik erklärt werden sollte. Die bisher eingelaufenen Abstimmungsergebnisse aus den Revieren des Borinage, von Charleroi und La Louviere zeigen eine große Mehrheit zugunsten des zweiten Kompromißvorschlages.

# Wirtschaft

Die preussischen Sparkassen Ende November. Die preussischen Sparkassen weisen auf Grund des letzten Einlagenstatistik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für Ende November 1925 Spareinlagen in Höhe von 1 051 127 M. auf. Sie haben also seit Eintritt der Stabilisierung die Milliardenengrenze überschritten. Die Beteiligung der einzelnen Provinzen an dem Aufbau der Spareinlagen ist höchst verschieden. An erster Stelle steht das Rheinland mit rund 285 Millionen, ihm folgen Westfalen und Hannover mit 185 Millionen bzw. 124 Millionen. In der Mitte stehen Berlin mit 60 Millionen, Hessen-Rassau und Baden mit 58, Pommern mit 48, Schleswig-Holstein mit 44 und die Ostmark mit 37 Millionen. Das Uebersteigen der Milliardenengrenze darf nicht dazu verführen, falsche Schlüsse auf die Sparkraft des preussischen Volkes zu ziehen. Unterlucht man die statistischen Angaben näher, so ergeben sich für den Monat November Einzahlungen in Höhe von 167,4 Millionen und Rückzahlungen in Höhe von 114,8 Millionen. Der Zuwachs beträgt also in Monatsfrist nur 59,6 Millionen. Das sind nur 5 Proz. der Gesamteinlagen. Wie stark die Krise die Sparfähigkeit gehemmt hat, geht aus daraus hervor, daß die Vermehrung der Einlagen in den Vormonaten gegenüber dem Monat Oktober ganz bedeutend höher war.

Eine Sechsmilliardenfusion amerikanischer Großbanken. In New York steht die Gründung eines gigantischen Bankentrusts bevor. Nach den vorliegenden Nachrichten sollen im Jahre 1926 sechs der größten New Yorker Banken zunächst paarweise zusammengeflochten, dann zur Einheit fusioniert werden. Allen mit dem ersten Zusammenschluß, dem der Mechanics and Metals National Bank mit der Chase National Bank werden 900 Millionen Dollars oder über 3,6 Milliarden Aktien zusammengeflochten. Die sechs Banken zusammen sollen bei einem Kapital von 50 Mill. Doll. und unverteilt Gewinnen (Reserven) mit 95 Mill. Doll. über Depositen von 1465 Mill. Dollar verfügen. Insgesamt werden also Gelder im Betrage von 1610 Mill. Dollar oder über 6,4 Milliarden Mark in einem Zentralinstitut wirksam gemacht. Die Depositen der sechs Banken allein sind mit 1465 Mill. Dollar um 800 Mill. höher als die Gesamtheit aller Einlagen bei den 89 deutschen Kreditbanken, die in den Zweimonatsbilanzen Ende Oktober an Bank-, Depositen- und sonstigen Verpflichtungen rund 5 Milliarden ausgewiesen haben. Interessant sind die für die Verschmelzung angebotenen Motive. Angesichts des Konjunkturaufschwungs, in dem Amerika noch immer lebt, wirkte es überraschend, daß die Fusion mit den steigenden Unkosten des Bankgeschäfts und mit der Notwendigkeit begründet wird, die Betriebsausgaben zu senken und den Wettbewerb zu verringern. Vertreter der in Amerika in hoher Blüte stehenden wissenschaftlichen Konjunkturbeobachtung sagen für das Frühjahr allerdings eine Wirtschaftsdpression in Amerika voraus. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die geplante Fusion doppeltes Interesse. Es wäre sehr bemerkenswert, wenn die Transaktion der New Yorker Bankiers sich als Vorstufe gegen die Krise sich erweisen sollte. Wäre es der Fall, so könnten die deutschen Großbanken daraus allerlei lernen.

Gründung des gesamtpolnischen Eisensyndikats. Die 1924 geföhrten Verhandlungen über die Bildung eines gesamtpolnischen Eisensyndikats sind am 21. Dezember d. J. zu einem positiven Abschluß gebracht worden. Die Gründung des „Syndikats der Polnischen Eisenhütten“, wie die neue Organisation genannt worden ist, erfolgte durch Umbildung und Namensänderung des am 8. August d. J. gegründeten „Syndikats der Oberschlesischen Eisenhütten“, das sein Grundkapital erhöht und dem jetzt die alt-polnischen Hütten beigetreten sind. Dem Syndikat gehören nunmehr sämtliche Eisenhütten des polnischen Staatsgebietes an, mit Ausnahme der „Sosnowicer Gesellschaft der Röhren- und Eisenwerke“, mit der keine Verständigung erzielt werden konnte.

Welltrock für Kunstseide? Kunstseideindustrie in Japan. Die Treibhausstemperatur, in der sich die Kunstseideindustrie entwickelt hat, noch nicht nachgelassen. Die Billigkeit, Schönheit, steigende Haltbarkeit und Verwendbarkeit der Kunstseide sichern ihr noch lange nicht ausgeschöppte Möglichkeiten. Man kalkuliert mit 25 bis 30 Proz. Reingewinn. Trotz der enorm verstärkten Produktion scheint noch immer Platz für große kapitalstarke Gründungen vorhanden zu sein. Man wird daher die Nachricht, daß die größten Kunstseidefabriken der Welt, die italienische Suisa Viscose, die englische Courtauld Ltd. und die deutschen Bemberg und Bemberg, internationale Trustvereinbarungen treffen wollen, noch nicht als Ausdruck der Uebergründung und der Ueberfonturrenz, sondern der optimistischen Auffassung der Beteiligten von der Zukunft der Industrie betrachten dürfen. Zweifellos ist, daß der Verkauf der Kunstseide mit der Baumwolle und der Naturseide der Kunstseide noch große Chancen offen läßt. Besonders im asiatischen Osten, der Heimat der Naturseide, wo Industrialisierung und Kapitalisierung des Landes naturgemäß ein starkes Bedürfnis nach einem billigeren Seidenerzeugnis wachrufen. Allerdings wird die europäische Industrie dort zunehmend mit dem japanischen Konkurrenten rechnen müssen. Wenn Japan auch heute noch außer den europäischen Patentrechten die Erfahrungen und die technischen Kräfte weitgehend fehlen, die für die Kunstseideindustrie von entscheidender Bedeutung sind, so ist die Nachricht von dem Bau einer neuen großen Kunstseidefabrik bei Djaka von symptomatischer Bedeutung. Die Kai Rippon Cotton Spinning Co. hat danach mit dem beträchtlichen Kapital von 15 Millionen Yen die entsprechende Gesellschaft bereits gegründet. Die gesamte Maschinenausstattung liefert eine deutsche Firma, woraus zu schließen ist, daß diese auch zu einem gewissen Teil für die technische Bedienung Sorge tragen wird.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Sozialisten: R. B. Schick; Sozialen und Sozialen: Felix Karst; Anzeigen: H. Gluck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin, Grud. Formica-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Einbertstraße 2.

**Silvester-Punsch**

Rum \* Arac  
Deutsche Rotweine  
Bordeaux  
empfehlen

**Wilh. Hoeck**  
Likörfabrik und Weingroßhandlung  
Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 149

**Pelzwaren**  
kaufen Sie gut und billig  
Schlesinger,  
Berlin, Neue König-  
straße 21, 2 Treppen.

**Auf Teilzahlung**  
Herren-  
u. Damen  
**Garderobe**  
**Möbel** aller Art  
Bettwäsche, Gardinen, Teppiche,  
Korbmöbel, Metallarbeiten,  
Geräte, Wochen- od. Monatsraten  
Antel, Gr. Frankfurter Str. 34  
Strausberger Platz  
Gegründet 1901

**A. Beheim - Schwarzbachs**  
Kaufmännische Privatschule  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Gangehoferstr. 1  
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-  
Lehrpläne. — Fernspr.: Neukölln 1063.

**Gustav Konemann Ww. • Berlin C**  
Währ. 22, E. L. Rühr (Fr.-M. Inhab.)  
Rot- und Grünfeuer  
Üb. 1, 2  
**Feuerwerkskörper**  
Frösche und  
Schwärmer je 2, 20 u. 2, 60  
Billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer

**Tapeten**  
25 Pl. 30 Pl. 35 Pl.  
Bienenwaben in allen Preislagen — herrliche Muster  
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
nur 1. Etage, kein Laden  
(Ringstr., höher unten: Glas-Milch.)  
Bergpreis erhält 5% Rabatt.

**Photoapparate, Feldstecher**  
kaufen Sie gut und preiswert im  
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

**Putzwolle,**  
**Putzklappen,**  
**Schleifertuche**  
haben abzugeben  
Gebr. Holzinger,  
Tel. Neukölln 4345-47

**Krause-**  
**Pianos**  
zur  
**Miete**  
Ansbacher Str. 1,  
1. u. 2. Etage

**Ernting-Rohden**  
H. B. Rohden  
Spezialist  
Konrad Müller  
Kaufmann

**Empfehle**  
**Silvester - Pfannkuchen**  
**Ananas - Pfannkuchen**  
**Wiener Krapfen**  
Der gehaltvollste Kuchen Berlins nur  
**Dresdener Butter-Bäckerei**  
**Konditorei und Café**  
**Richard Richter** BERLIN SW.  
Zimmerstr. 84  
Tel.: Zentr. 1365 / an der Friedrichstraße

**Nagelpflege-Garnituren** Kopp & Joseph  
BERLIN W  
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.